

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Klaus Hänsch MdEP zum Vorschlag, einen atomwaffenfreien Korridor zu schaffen: Wichtiger Beitrag zur Überwindung der Stagnation. Seite 1

Prof. Dr. Horst Ehmke MdB zur Bonner Haltung in der Rüstungskontrollpolitik: Mit zwei Zungen. Seite 2

Dr. Volker Hauff MdB zum Verhältnis des Kanzlers zu Europa: Priorität nur in Sonntagsreden. Seite 3

Dr. Alfred Emmerlich MdB zur Einstellung der Ermittlungen gegen die Richter des „Volksgerichtshofes“: Keine Sternstunde der Rechtsgeschichte. Seite 4

Dokumentation:

Dr. Rudolf Schöfberger MdB wandte sich mit der Aufforderung an die bayerische SPD-Landtagsfraktion, für eine „solide und knallharte“ Opposition zu sorgen. Wortlaut seiner Ausführungen. Seite 5

41. Jahrgang / 202

22. Oktober 1986

Europäische Sozialisten für atomwaffenfreie Zone

Der Vorschlag von SPD und SED ist ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Stagnation in der Abrüstungsdebatte

Von Klaus Hänsch MdEP
Stellvertretender Vorsitzender des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments

Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments hält den Vorschlag für ein Abkommen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa für einen wichtigen und spezifisch europäischen Beitrag dazu, die Stagnation in der Abrüstungsdebatte zu beenden und den Frieden sicherer zu machen. Wir können und wollen einen atomwaffenfreien Korridor durch Europa schaffen. Die Bereitschaft dazu besteht bei der DDR, der CSSR und den deutschen Sozialdemokraten. Darin haben sie die Unterstützung der Sozialistischen Fraktion des EP.

Zum Gipfeltreffen von Reykjavik ist festzustellen: Es heißt, ein Abkommen über die Abrüstung der in Europa stationierten Mittelstreckenwaffen sei nahezu unterschrittsreif gewesen. Wahr ist: ein solches Abkommen hätte im Interesse der Europäer gelegen. Wahr ist auch: dafür auf SDI zu verzichten, lag nicht im Interesse von Reagans USA. Das Scheitern von Reykjavik ist auch das Scheitern der europäischen Politik in der Allianz.

Solange Westeuropa nicht fähig ist, dem amerikanischen Partner eine geschlossene eigene Position entgegenzusetzen, werden in Bonn wie in anderen Hauptstädten nur Randnotizen geschrieben.

Nach meiner Überzeugung werden die Verhandlungen in Genf ebenso weitergehen wie die MBFR-Gespräche in Wien. Die Unterhändler können aber hier wie dort den Durchbruch nicht schaffen, den ihre Chefs nicht hätten zustandebringen können. Es bleibt die Wiener KSZE-Folgekonferenz: Hier haben die Westeuropäer ein Feld, auf dem sie gemeinsam sprechen und handeln könnten.

Die EG-Außenminister müssen nun dafür sorgen, daß der KSZE-Themenkreis erweitert wird. Angestoßen und ermutigt durch das Ergebnis der KVAE in Stockholm muß der Faden der Rüstungskontrolle zu begrenzten Abrüstungsschritten weitergesponnen werden. Die Wirkung, die eine einheitliche westeuropäische Position auf die Haltung der beiden Supermächte haben kann, sollte nicht unterschätzt werden.
(-/22.10.1986/vo/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos Lieferung
mit versäuerter Zeitung
Kryptex-Papier



Mit zwei Zungen

Die Bundesregierung und die Rüstungskontrolle

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

In ihrem Bemühen, drei Jahre nach der Aufstellung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa die militärische Begründung für diesen Schritt nachzuliefern, nehmen es die Verteidigungsminister der NATO offensichtlich in Kauf, die Glaubwürdigkeit der westlichen Verhandlungsposition im Bereich der Mittelstreckenraketen zu unterminieren.

Hatte Präsident Reagan in Reykjavik noch das Angebot unterbreitet, die europabezogenen Mittelstreckenraketen völlig abzubauen, so beschließen die NPG-Minister in Gleneagles nur wenige Tage später über allgemeine Richtlinien, die den Ersteinsatz dieser Raketen auf dem Territorium der Sowjetunion vorsehen. Da drängt sich die Frage auf, ob das Angebot zur Nulllösung überhaupt ernst gemeint war.

Einmal mehr ist es die Bundesregierung, die eine Vorreiterrolle übernimmt, um die Glaubwürdigkeit der westlichen Verhandlungsposition in Frage zu stellen und in Genf zusätzliche Hürden aufzubauen. Aus der Umgebung von Bundesminister Wörner heißt es jetzt, die NATO brauche auf jeden Fall Mittelstreckenraketen zur Durchsetzung ihrer Strategie. Andernfalls entstünden „Lücken im Eskalationsspektrum“, ganz unabhängig von den sowjetischen Mittelstreckenraketen.

Wieder einmal entpuppt sich der Spruch vom „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ als Propagandatricks. Die Forderung nach Schließung von Lücken im Eskalationsspektrum muß dafür herhalten, das Bemühen um den Abbau der Mittelstreckenraketen zu untergraben.

Nicht weniger offensichtlich ist der folgende Widerspruch: In Washington fordern Bundeskanzler Kohl und seine Büchsenspanner, in Gleneagles die deutschen Natovertreter die Einbeziehung der sowjetischen Atomraketen kürzerer Reichweite in die Abrüstungsverhandlungen sowie die Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts bei Reduzierung der atomaren Waffen. Die SPD legt gleichzeitig mit dem anderen deutschen Staat erarbeitete Grundsätze über exakt diese Themen vor - Rückzug als Zwischenschritt zum Abbau von atomaren Raketen und Rückzug doppelverwendungsfähiger Artillerie, was die Angriffsfähigkeit des Warschauer Paktes erheblich reduzieren würde. Die Reaktion darauf ist nicht etwa der Dank der Bundesregierung an die SPD für diese Pionierleistung, sondern einmal mehr plumpe Diffamierung.

Fazit: Die Bundesregierung spricht in Sachen Rüstung und Rüstungskontrolle mit zwei Zungen. Sie ist doppelzüngig und daher unglaubwürdig. (—/22.10.1986/rs/fr)

* * *



Kohl und Europa

Nur in den Sonntagsreden des Kanzlers hat die Gemeinschaft Priorität

Von Dr. Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Europapolitik der Bundesregierung ist skandalös.

Bereits vor der Sommerpause sollte dem Deutschen Bundestag der Entwurf eines Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) zugeleitet werden, damit auch in der Bundesrepublik Deutschland das Ratifizierungsverfahren so rechtzeitig zum Abschluß kommt, daß die neuen Regelungen zum 1. Januar 1987 in Kraft treten können.

Doch die längst überfällige Entscheidung wurde von der Bundesregierung immer wieder verschoben. Jetzt sieht es sogar so aus, als weiche Bundeskanzler Kohl vor seinem Kontrahenten in Bayern zurück. Da er sich vor der Bundestagswahl nicht mit Franz Josef Strauß anlegen möchte, verschiebt er die Entscheidung über die Zuleitung der EEA an den Deutschen Bundestag durch das Bundeskabinett von einem Termin auf den nächsten.

Dieses Vorgehen ist nicht nur eine Mißachtung des Parlaments. Es macht auch deutlich, welchen Stellenwert die Bundesregierung der Europapolitik beimißt. Es zeigt, daß die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, der nach Aussagen des Bundeskanzlers oberste Priorität zukommt, nur in seinen Sonntagsreden vorkommt. Taten läßt er nicht folgen.

Deshalb wird die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag auf unverzügliche Zuleitung des Gesetzentwurfs zur Einheitlichen Europäischen Akte erneut auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages setzen lassen, damit die Bundesrepublik Deutschland bei einem so entscheidenden Schritt für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft nicht hinter anderen europäischen Staaten, die die EEA schon ratifiziert haben, zurückbleibt.

(—/22.10.1986/rs/fr)

* * *



Keine Sternstunde der deutschen Rechtsgeschichte

Zur Einstellung der Verfahren gegen „Richter“ des Volksgerichtshofs

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Berliner Justizsenator hat am Dienstag offiziell mitgeteilt, daß das letzte Verfahren gegen einen „Richter“ am Volksgerichtshof eingestellt worden ist.

Wieder einmal werden die Akten über ein Kapitel deutscher NS-Vergangenheit geschlossen, ohne daß eine ausreichende Sühne stattgefunden hat.

Die Verhängung einer gerechten Strafe gegenüber den „Richtern“ des Volksgerichtshofes war für die Wahrung von Gerechtigkeit und der Grundprinzipien unserer Rechtsordnung unerläßlich.

Der Volksgerichtshof wurde im Frühjahr 1934 nachdem für die Nazis peinlich verlaufenen Prozesses wegen des Reichstagsbrandes errichtet. Er entwickelte sich insbesondere unter Freisler zu einem Instrument des nationalsozialistischen Terrors. Aussprüche Freislers wie „Ich habe nicht einmal ein Gesetzbuch bei mir, hier spricht das Volk“ und die Berücksichtigung der Rassenzugehörigkeit der Angeklagten belegen dies. Die Richter am Volksgerichtshof waren Mörder mit dem Dolch in der Robe.

Nach dem Krieg wurde im Nürnberger Juristenprozeß nur ein „Richter“ des Volksgerichtshofes von den Alliierten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Deutsche Gerichte verurteilten keinen dieser Mörder. Der Bundesgerichtshof ging in der Entscheidung gegenüber dem ehemaligen „Richter“ Rehse sogar ausdrücklich davon aus, der Volksgerichtshof sei ein ordentliches Gericht gewesen.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb der Deutsche Bundestag klargestellt, daß der Volksgerichtshof kein Gericht, sondern ein Instrument des Terrors war.

Es ist zu begrüßen, daß die zuständigen Berliner Justizbehörden dieser Auffassung des Bundestages in ihren Entscheidungen nicht widersprochen haben. Trotzdem ist die Einstellung des letzten Verfahrens gegen „Richter“ des Volksgerichtshofes keine Sternstunde der deutschen Rechtsgeschichte.

Wie wenig die deutsche Justiz in der Lage war, das Thema Volksgerichtshof zu bewältigen, zeigt der Umstand, daß schon einmal im Jahre 1971 alle Ermittlungen eingestellt worden sind. Die deutsche Justiz hatte weniger Schwierigkeiten, ehemalige Nazi-Richter wieder in ihre Reihen aufzunehmen; als gegen vermeintliche „Kollegen“ vorzugehen. Es besteht die Gefahr, daß dadurch bei der Jugend und den nachfolgenden Generationen das Ansehen der deutschen Justiz und unseres Staates in Mißkredit gerät.

Dieser Gefahr muß entgegengetreten werden. Der Deutsche Bundestag muß dafür sorgen, daß nicht das geringste Mißverständnis über die Haltung des deutschen Volkes zu dem Terror der Nationalsozialisten entsteht. Die bevorstehenden Beratungen des Bundestages über Anträge der SPD, Lücken der Entschädigungsregelungen für Verfolgte des NS-Regimes zu schließen, bieten auch eine gute Gelegenheit hierfür.

(-/22.10.1986/vo/rs)



DOKUMENTATIONDr. Rudolf Schöfberger: Die CSU immer wieder in die Gesamthaftung nehmen

Der Landesvorsitzende der bayerischen SPD, Dr. Rudolf Schöfberger MdB, hat die neugewählte SPD-Landtagsfraktion am Dienstag nachmittag bei ihrer konstituierenden Sitzung ermutigt, in den nächsten vier Jahren für eine gleichermaßen „solide wie knallharte“ Opposition im bayerischen Landtag zu sorgen. Trotz schwerer Einbußen bei den Landtagswahlen ruhen jetzt die Hoffnungen der bayerischen SPD auf ihrer Landtagsfraktion. Zu einer starken Opposition gehören nach den Worten Schöfbergers eine „präzise und fundierte Sacharbeit ebenso, wie der Mut zur leidenschaftlichen Darstellung sozialdemokratischer Politik in und außerhalb des Parlaments“. Wir zitieren aus der Ansprache:

„Eine starke Opposition muß der CSU energisch Paroli bieten, wenn diese ihre Obermacht mißbraucht, ins Kraut schießt oder eine negativ folgeschwere Politik betreibt. Eine starke Opposition ist im Dienste der Bürger aber auch zur konstruktiven Zusammenarbeit mit den Regierenden bereit, wenn diese bei der Lösung drängender Probleme auf dem richtigen Wege sind.

Die SPD-Landtagsfraktion sollte sich bei der täglichen Parlamentsarbeit nicht so sehr ins Detail verlieren, daß draußen nichts mehr überkommt. Monatelang Fleißarbeiten, über die Ministerialräte spotten und die Öffentlichkeit nichts hört, sind zu schade, um schließlich binnen zwei Monaten durch eine arrogante Mehrheit niedergestimmt zu werden. Vielmehr muß es das Ziel der SPD-Landtagsfraktion sein, die regierende CSU immer wieder in die Gesamthaftung zu nehmen, für deren saumselige Umweltpolitik, für deren verderblichen Weg in den Atomstaat, für deren Rüstungspolitik in Bonn, für eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die zu einer skandalösen Verteilungsgerechtigkeit führt. Strauß darf für seine Lieblingsbehauptung ‚Wir brauchen keine Opposition. Wir machen sie selber‘ keine Gelegenheit mehr finden.

Eine starke Opposition darf sich aber nicht in der Kritik allein erschöpfen, so notwendig diese ist. Deshalb erwartet die bayerische SPD von ihrer Landtagsfraktion, daß diese täglich auch die sozialdemokratischen Alternativen für eine Gesellschaft vorstellt, in der es menschlicher, friedlicher, ökologischer, sozialer, gerechter und demokratischer zugeht.

Dabei darf sich die SPD-Landtagsfraktion auch nicht von den Grünen beeindrucken lassen, die so sind, wie sie heißen. Außer populäre Gags, lockeren Kleidungsitten, Schaufensteranträgen und Wortradikalismen ist von den Grünen nach allen Erfahrungen im Bundestag auch im Landtag nichts anderes zu erwarten. Die älteste demokratische Partei Bayerns braucht sich von ein paar Grünlingen im Landtag nicht vorführen zu lassen. Aber auch für skurrile Berührungängste ist in einer selbstbewußten sozialdemokratischen Fraktion kein Raum. Zwei mal zwei bleibt vier, auch wenn es von den Grünen zur Abstimmung gestellt wird.

Die SPD-Fraktion bringt die besten Voraussetzungen für eine qualifizierte und erfolgreiche Arbeit mit. Besonders erfreulich ist, daß die sieben Frauen unter den SPD-Landtagsabgeordneten mit beachtlichen Stimmenergebnissen wiedergewählt worden sind und zwei qualifizierte junge Frauen hinzukommen. Die SPD-Landtagsfraktion stellt damit mit neun Frauen die stärkste Frauen-Fraktion vor den Grünen und der CSU. In diesem Zusammenhang erinnere ich die Landtagsfraktion an die einschlägigen Beschlüsse des Landesparteitages von Hof und verbinde damit die Hoffnung, daß Frauen durch die fraktionsinternen Wahlen vermehrt in die Verantwortung einrücken.

Im übrigen darf und will sich die Partei nicht in die souveränen Entscheidungen ihrer Volksvertreter einmischen. Frei gewählte Abgeordnete, die von Verfassungen wegen nicht an Aufträge und Weisungen gebunden sind, wird auch die SPD nicht an die Parteiführer legen. Darin unterscheidet sich die SPD sehr stark von der CSU. Gefragt ist bei uns Sozialdemokraten eine ungezwungene, solidarische Zusammenarbeit aller Kräfte in den Parlamenten und in der Partei, die ihren Impuls aus der gemeinsamen Einsicht in das Notwendige erhält. In diesem Sinne soll die Landtagsfraktion neben der SPD-Landesgruppe im Bundestag eine tragende Säule sozialdemokratischer Politik in Bayern sein.

Ich danke abschließend dem scheidenden Fraktionsvorsitzenden Helmut Rothemund für seine solide und umsichtige Fraktionsführung im vergangenen Jahrzehnt. Helmut Rothemund hat sich nicht nur um die bayerische SPD, sondern auch um die parlamentarische Demokratie in Bayern verdient gemacht. Karl-Heinz Hiersemann spreche ich das volle Vertrauen der bayerischen Sozialdemokraten aus. Ich wünsche ihm einen guten Einstand, eine im Denken quicklebendige, ideenreiche, im Dienste der Bürger der bayerischen Heimat und der Sozialdemokratie in Bayern.“ (-/22.10.1986/vs/rs)

